Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 26

Artikel: Die erhöhte Touristenwerbung ändert nichts daran : der Ostblock sitzt auf den Valuten

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076447

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die erhöhte Touristenwerbung ändert nichts daran

Der Ostblock sitzt auf den Valuten

Die seit diesem Frühling in der Sowjetunion verschärfte Strafpraxis gegen Wirtschaftsverbrecher (KB Nr. 20 ff) richtet sich unter anderm ausdrücklich gegen «Valutaschwindler» und «Geldschieber». Die jüngsten spektakulären Prozesse (KB Nrn. 23 und 25) mit ihren Verurteilungen lassen keinen Zweifel übrig, dass die rigorose Kontrolle aller ausländischer Zahlungsmittel wieder mit voller Schärfe durchgeführt wird. Die gleiche Situation zeigt sich im ganzen Ostblock, was eine sonderbare Dissonanz zur gesteigerten Fremdenverkehrswerbung darstellt. Der kommunistische Staat behält sich die Abwicklung des gesamten Währungs- und Wertpapierverkehrs mit dem Ausland bis zu lächerlichen Geringfügigkeiten vor und nimmt seinen Untertanen jede Möglichkeit zu persönlicher Initiative auf diesem Gebiet.

« Fünfer-und-Weggli-Politik »

Hintergrund dieses starren und pedantischen Kontrollsystems ist gegenwärtig eine intensive Werbung für vermehrten Ost-West-Handel zwischen den einzelnen Firmen (die im kommunistischen Bereich ja alle den Staat vertreten) und eine intensive Touristenpropaganda. Vor allem Bulgarien und Rumänien forcieren ihre Fremdenindustrie. Doch wird sie im gesamten Ostblock ausgebaut, während gleichzeitig die verschiedenen Staaten eifersüchtig darüber wachen, dass kein liberaler Geldverkehr im privaten Sektor aufkommt.

Der Tourismus aus dem Westen dient nicht nur (wenn auch in erster Linie) der Parteipropaganda, sondern auch dem Devisengeschäft des Staates. In der Sowjetunion brachte letzten Herbst die Einführung des «neuen» Rubels gleichzeitig die Abschaffung des speziellen «Touristenkurses» und verteuerte für den Ausländer das Geldwechseln in die sowjetische Währung um zehn Prozent. Zu gleicher Zeit fanden Massenversande von Prospekten neuer Hotels nach dem Westen statt.

Ueberdies ist die enge Valutapolitik ein Ausdruck der unrealen Kurswerte der kommunistischen Währungen. Schwarzhandel und Schiebergeschäfte aller Arten blühen als Korrektiv zu den künstlichen Geldverhältnissen unter der Bevölkerung sofort auf, sobald der staatliche Druck nur im geringsten nachlässt.

Ein Leserbrief

Die Warschauer Zeitung «Zycie Warszawy» veröffentlichte in ihrer Nummer vom 18./19. Juni eine Leseranfrage. Der Schreiber erklärte, sein Vetter werde aus England mit dem Wagen nach Polen kommen und dort sein Gast sein. Er habe für den Gegenwert in britischen Pfund um die Ueberweisung von etwa tausend Zloty an die Grenzstation Slubice ersucht, damit er sich Benzin beschaffen und kleinere Einkäufe auf seiner Fahrt durch das Land tätigen könne. Die Post an der betreffenden Grenzstelle habe sich bereit erklärt, das Geld zu deponieren. Der Leser verlangt Auskunft darüber, ob er die betreffende Summe aufgeben könne, ohne irgendwelche Vorschriften zu verletzen.

Die autorisierte Antwort der Redaktion ist nun schon insofern interessant, als sie die Wiedereinführung einer Restriktion erkennen lässt, die man vor fünf Jahren durch einen besonderen Erlass aufgehoben hatte. Die Rückkehr zur alten, im gesamten Ostblock üblichen Praxis erfolgte dann allerdings ohne jedes Aufheben.

Dem Fragensteller wurde bedeutet, dass er nicht für mehr als 500 Zloty (die übrigens für den Benzinbedarf seines Verwandten völlig ausreichend seien) englisches Geld entgegennehmen dürfe. Handle es sich um eine grössere Summe, so habe er vorerst die Bewilligung der Nationalbank einzuholen.

Der Rahmen des Ostblocks

In sämtlichen kommunistischen Ländern ist es der Nationalbank (respektive in der UdSSR und der Tschechoslowakei der Staatsbank) vorbehalten, Geldgeschäfte abzuwickeln. Ausländische Zahlungsmittel müssen dem Staat zum «Ankauf angeboten» werden, zu einem Preis, der natürlich vom Staat einseitig festgelegt ist. Praktisch heisst das obligatorische Abgabe von Valuten gegen eine der staatlichen Willkür überlassene Entschädigung. Das gleiche gilt übrigens für jegliche Wertpapiere (heute im ganzen Ostblock nur noch ausländische, da es inländische Wertpapiere im privaten Besitz ja überhaupt nicht mehr gibt), ferner für Schmuck aus Gold und Platin, sofern er das Gewicht von 500 Gramm überschreitet. Freilich sieht man immer wieder aus Pressemitteilungen, dass Gold gehortet wird. In der Sowjetunion nahmen die Edelmetalleinkäufe in Form von Schmuck namentlich bei der Ankündigung der Währungsreform zu, der man auf Grund früherer Erfahrungen misstraute (sie brachte dann effektiv Kontrollen des Privatbesitzes mit sich, ohne dass aber die Bevölkerung für einmal durch direkte Manipulationen geschädigt worden wäre). Die letztes Jahr aufgetretene Tendenz, bei Schmuckeinkäufen in der Sowjetunion ein Auge zuzudrücken, ist durch den jetzigen verschärften Kurs wieder rückgängig gemacht worden.

Im ganzen Ostblock gilt ferner der Grundsatz, dass Guthaben im Ausland innert höchstens acht Tagen zu melden sind. Zuwiderhandlungen werden als Valutendelikt scharf bestraft (wobei in der Sowjetunion seit diesen Frühling Fälle von Uebertretung mit zunehmender Härte geahndet werden).

Innerhalb des Ostblocks ist übrigens

Polen noch am besten dran,

da dem Bürger dieses Landes immerhin noch gestattet wird, über fremdes Geld im Wert von nicht mehr als 500 Zloty zu verfügen. Im Sinne des Devisengesetzes von 1952 sind freilich auch die Polen verpflichtet, bei ihnen befindliche ausländische Valuten der Nationalbank «zum Ankauf anzubieten». Die Entschädigungshöhe wird durch das Finanzministerium festgelegt. Die Unterlassung des Angebotes wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren plus Busse bestraft. Artikel 28 des gleichen Gesetzes verbietet polnischen Staatsbürgern, Ausländern Anleihen zu gewähren, bzw. von ihnen eine Anleihe aufzunehmen. Im gleichen Paragraph wird untersagt, im Ausland befindliche Guthaben vertraglich Ausländern zu übergeben. Wer ohne staatliche Bewilligung über sein im Ausland angelegtes Vermögen oder über Forderungen im Ausland verfügt, hat ebenfalls mit Freiheitsentziehung von drei Jahren und Geldstrafe zu rechnen.

Nach den Oktoberunruhen von 1956 hatte das Finanzministerium eine Verodnung erlassen, in welcher Privatpersonen der Besitz von ausländischen Devisen gestattet wurde. Wie aus der vorher angeführten Antwort auf einen Leserbrief ersichtlich ist, ist später diese Verordnung wieder rückgängig gemacht worden.

Schärfste Massnahmen

In den übrigen Oststaaten werden die diesbezüglichen Bestimmungen viel schärfer gehandhabt. In Ungarn ist selbst die Annahme der aus dem Ausland ohne devisenbehördliche Bewilligung eingeführten Forintbanknoten (einheimische Währung) un-

Meldungen von morgen

Die diesjährige sowjetische Getreideernte wird laut einer vorläufigen Berechnung von «Radio Europa» um 8 bis 10 Prozent über dem letztjährigen ungenügenden Gesamtertrag von 133 Millionen Tonnen liegen, aber immer noch unter dem Plansoll von 1960, das sich auf 153 Millionen Tonnen belief. Die verbesserte Versorgung wird auf Grund der günstigen Witterung im Winter und Frühling erwartet.

*

Der Kreml, der sich bisher in der Auseinandersetzung Jugoslawiens mit verschiedenen Satelliten zurückhaltend verhielt, scheint in der Kampagne gegen den Belgrader Revisionismus verstärkt eingreifen zu wollen. In einer italienischsprachigen Sendung Radio Moskau hiess es: «In Theorie und Praxis entfernte sich der jugoslawische Revisionismus immer weiter von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und schwenkte auf eine bürgerlich nationale Stellung ein. Mit wachsender Halsstarrigkeit veröffentlichten die Theoretiker des jugoslawischen Revisionismus ihre eigenen verwirrten Ansichten auch ausserhalb der Grenzen und vesuchten, sie der internationalen demokratischen Arbeiterbewegung aufzuzwingen.»

Konkret dürfte diese Sendung eine Warnung an die italienische KP bedeutet haben, ihre seit einigen Wochen verstärkten Beziehungen zu Belgrad nicht zu weit zu treiben.

*

Die Sowjetunion sucht einen Patentaustausch mit den westlichen Ländern zu verwirklichen. Wenigstens erwog der stellvertretende Ministerpräsident Kosygin in seiner Schlussansprache zur Allunionskonferenz der Wissenschaftler (siehe KB Nr. 25) diese Möglichkeit. Im übrigen umfasste seine Kritik am Wissenschaftsbetrieb nahezu «westlich» anmutende Formulierungen: Die sowjetische Forschung sei auf einigen Gebieten glänzend, zeige sich aber auf andern ausserstande, den wirtschaftlichen Erfordernissen zu genügen. Nicht zu übersehen sei, dass westliche Wissenschaft und Technik recht rasch vorwärts schritten.